

Vorlage Nr. 101.17.1634

12. März 2015
1 von 2

**Gesundheitsschutz durch Luftreinhaltung ernst nehmen
- Kommunale Handlungsmöglichkeiten endlich nutzen**

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt

1. Einen Katalog mit kommunal umsetzbaren Maßnahmen zur Luftreinheit zu erstellen und ihn im Ausschuss für Umwelt und Energie in der ersten Sitzung nach der Sommerpause vorzustellen.
2. Diese Maßnahmen werden mit einer Abschätzung der Wirksamkeit und der Kosten sowie mit einer Priorisierung und Umsetzungszeitplanung versehen.
3. Über den Hessischen Städtetag und den Deutschen Städtetag auf die Landes- und Bundespolitik einzuwirken um die Maßnahmen, die nur auf Landes- und Bundesebene umsetzbar sind, einzufordern.
Dafür wird ein Katalog mit auf Landes- und Bundesebene umsetzbaren Maßnahmen erstellt, der im Ausschuss für Umwelt und Energie in der ersten Sitzung nach der Sommerpause vorgestellt wird.

Begründung:

Die bisher vorgesehenen Maßnahmen haben nicht ausgereicht um die geforderten Werte für NO_x einzuhalten. Deshalb ist dem Luftreinhalteplan Kassel 2011 die Genehmigung durch die EU verwehrt worden. Bis heute ist kein Entwurf für einen genehmigungsfähigen Luftreinhalteplan für den Ballungsraum Kassel vorgestellt worden. Die ignorierte Gesundheitsgefahr führt für etliche Bewohner*innen Kassels zu vermeidlichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und einem vorzeitigen Tod. Viele der notwendigen zusätzlichen Anstrengungen und Maßnahmen sind ausschließlich lokal umsetzbar. Hier einige Beispiele:
Grundsätze:

- Minimum ist ein Verschlechterungsverbot bei allen Vorhaben, zielführend zusätzlich ein Verbesserungsgebot.
- Verpflichtende Beachtung bei allen Vorhaben auf allen Planungsebenen.
- Anerkennung des Gesundheitsschutzes, Schaffung der Bereitschaft, Änderungen aktiv umzusetzen. Restriktionen und Nachsteuern bei ungenügenden Erfolgen.

Einzelne kommunale Maßnahmen:

- Abbau und Entsiegelung von Parkplätzen an Kommunalgebäuden mit gutem ÖPNV Anschluss. Ziel: Ausreichende Parkplätze für Mobilitätseingeschränkte, benötigte Dienstwagenstandorte attraktives Jobticketangebot für Alle. Im Übergang: Anwendung des RP Kassel und Uni Kassel Modells für alle gut mit dem ÖPNV erreichbaren Dienststellen (Voraussetzung einer Parkberechtigung ist ein Jobticket).
- Kein Ausbau von Tiefgaragenkapazitäten über die notwendigen Parkplätze für Mobilitätseingeschränkte und Geschäftswagen hinaus
- Anpassung der Stellplatzsatzung mit dem Ziel der Reduzierung der Stellplätze und der Ausweisung von Bereichen in denen neue Stellplätze als unverträglich ausgeschlossen und nur abzulösen sind.
- Jährlicher Umbau von 4 % der Kreuzungsknotenpunkte mit Verbesserung für Rad, Fußgänger und ÖPNV Nutzung.
- Verbesserung der Kapazitäten im ÖPNV z.B. durch Einsatz von Trambahängern oder Taktverdichtung
- Festsetzung von Dachbegrünung (mit Ausnahme von Belichtungsflächen) auf allen gering geneigten Dächern
- Festsetzung von Fassadenbegrünung in belasteten Gebieten z.B. in den verdichteten Bereichen
- Entsiegelung und Begrünung von belasteten Gebieten z.B. in den verdichteten Bereichen
- Stadtbegrünungsprogramm z.B. jährliche Neupflanzung von 100 neuen Straßenbäumen zusätzlich zum Ersatz von abgestorbenen Bäumen
- Umsetzungsorientierten regionalen und lokalen Energiewendeplan erstellen
- Teilausbauziele des Fern- und Nahwärmenetzes festlegen, z.B. Neuanschlusszahlen oder Strecken, Anschlusszwang festsetzen
- Ausweisung von Sanierungsgebieten mit lufthygienischer- und klimatischer Belastung
- Energetische Sanierungsgebiete mit lufthygienischer- und (micro)klimatischer Sanierung koppeln
- Jährliche Energetische Sanierung von mindestens 4% des städtischen Gebäudebestands (dann kann nach 25 Jahren wieder von vorne begonnen werden)

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Norbert Domes

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender